

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kollegen,
liebe Gäste,

sechs Reden zum Haushalt 26/27 haben Sie vor meiner nun gehört.

Vier davon heute. Die des Oberbürgermeisters, wie die der Kämmerin, vor ca. einem Monat.

Das Wort „Sparen“ kam dabei sehr häufig vor.

Ein Wort, welches auch wir gerne verwenden, geht es hier immerhin um Steuergeld, welches uns der Bürger anvertraut, um damit ordentlich zu haushalten.

Mit die Hauptaufgabe des Gemeinderats stellt die Kontrolle der Stadtverwaltung dar.

Daher erlauben wir uns 15 Anträge zu stellen, mit welchen wir weitere Einsparpotentiale darlegen möchten.

Bei einem geplanten Defizit von 19,7 Mio. Euro im Jahr '26 und weiteren 14,6 Mio. Euro im Jahr '27

laden wir alle Fraktionen und Einzelstadträte dazu ein, unseren Anträgen zu folgen, um somit weitere ca. 6,0 Mio. Euro an vom Steuerzahler erwirtschafteten Finanzmitteln einzusparen.

Ein Blick auf die geplanten Schuldenstände soll Sie hierbei ermutigen über Ihren eigenen Schatten zu springen, um die dringende Notwendigkeit zu erkennen.

Im Jahr 2023, also vor zwei Jahren, betrug der Gesamtschuldenstand der Stadt Aalen noch 34,6 Mio. Euro.

Im Jahr 2025 haben wir nun 76,7 Mio. Euro, was 1.135 € je Einwohner entspricht.

Für das Jahr 2029 wird mit einem Gesamtschuldenstand von 164,2 Mio. Euro gerechnet, was pro Einwohner 2.419 € bedeutet.

Dazu kommt noch die Verschuldung der Bäder, welche die Stadt auch zu stemmen hat.

2029 knacken wir also, höchstwahrscheinlich, die 200 Mio. Marke.

Von 34 Mio. auf 200 Mio. in 6 Jahren. Welch eine Leistung!

Wem bei diesen Zahlen nicht schwindelig wird, der hat den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt.

Halten Sie es daher, wie es Kämmerin Frau Fausner in Ihrer Rede zum Haushalt bereits gesagt hat.

Darin bat sie um Zitat: „mutige strukturelle Entscheidungen“.

Auch Oberbürgermeister Brütting sprach in seiner Rede davon, Zitat: „auf manche Dinge werden wir verzichten müssen“ und, dass „dauerhafte Einsparungen zwingend erforderlich“ wären.

Der Oberbürgermeister als auch die Stadtkämmerin haben mit ihren Aussagen völlig recht.

Aus diesem Grund machen wir mit unseren Anträgen auch ein Angebot an Sie alle.

Werden sie mutig und, ein weiteres Zitat des OB, verabschieden Sie sich von Liebgewonnenem“.

Hierzu zählen wir unter anderem seine Klimarettungsfantasien wie „Aalen Klimaneutral 2035“ und seine Migrationsträume.

Selbstverständlich auch das Theater der Stadt Aalen.

Ein erneutes Defizit von rund 1,9 Mio. Euro für die Spielzeit 24/25 ist schlicht ein Luxus, welcher nicht mehr tragbar ist.

Rechnet man das auf die kommenden Jahre hoch, dann ergeben sich Einsparpotentiale von mehreren Millionen Euro.

Ich rege daher eine Bürgerumfrage an.

Fragen Sie den Bürger, ob er lieber die Grundsteuer A und B angehoben als auch eine Grundsteuer C eingeführt haben möchte (Mehreinnahmen in Höhe von ca. 1,5 Mio.), oder ob stattdessen das Theater geschlossen werden soll (Ersparnis wohl mehr als das Doppelte)?

Leider fehlt Ihnen hierzu wohl genau so der Mut, wie für unsere anderen Anträge zu stimmen.

Ich freue mich deshalb bereits auf Ihr Schauspiel in den kommenden Wochen, bei welchem Sie höchstwahrscheinlich erneut all unsere Anträge pauschal ablehnen werden.

Das feiern Sie dann, zusammen mit der Presse, wieder als „Zeichen der Demokratie“ und des „Zusammenhalts der demokratischen Kräfte“.

Da frage sich dann noch einer, weshalb wir aktuell bei 26 bis 27% in den Umfragen stehen!

Wohl auch deswegen, weil der Wähler sich nicht mehr für dumm verkaufen lassen oder beleidigt werden möchte,

wie in der Sitzung des Ortschaftsrats

Unterrombach/Hofherrnweiler am 12. November geschehen.

Dort wurde gesagt, dass 27% der Bürger uns nur wählen, weil diese unser Parteiprogramm nicht kennen würden.

Welch eine Arroganz und Verhöhnung des Wählers!

Hört man Ihnen allen bei Ihren Reden zu, dann stellt man auch fest, dass Sie gerne die Schuld für die aktuelle Lage auf höhere Stellen weitergeben.

Der OB sagt, dass der Kreis besser haushalten solle.

Der Landrat sagt, dass das Land und der Bund Gelder an den Kreis nicht in dem Maße ausbezahlen, wie es sein sollte.

Geht man weiter, dann beschwert sich das Land darüber, dass der Bund zu wenig Geld gibt und der Bund macht am Ende Brüssel, Washington oder Moskau verantwortlich.

Es ist richtig, dass zu wenig Geld bei den Kommunen landet.

Es ist richtig, dass der Kreis nicht genug Geld für den Erhalt der Kliniken oder für die Sozialausgaben bekommt.

Doch an all diesen entscheidenden Hebeln der Macht sitzen Ihre Parteimitglieder von CDU, Grüne und SPD.

Die Wahrheit ist deshalb, dass die Ursachen der Probleme in diesem Land nicht in Washington oder Moskau sitzen.

Sie finden die Ursachen, wenn Sie zu Ihren Parteifreunden blicken.

Hört man Sie nichtöffentlich reden, dann fallen ganz andere Worte, als wir sie in der Öffentlichkeit zu hören bekommen.

Doch ich will mir keine weitere Rüge einfangen und deshalb lauschen wir einfach den Worten der Industrie.

Und zwar der direkt vor der Haustür.

In Abtsgmünd zum Beispiel.

Dort hat die Firma Kessler & Co. Ende Oktober einen Brief an den Gemeinderat geschrieben.

Es ging dabei um die Thematik, dass Abtsgmünd ein neues Gewerbegebiet ausloben wollte und Kessler & Co. dort Flächen zu einer möglichen Expansion angeboten wurden.

Doch das Unternehmen hat dankend abgelehnt und dem Gemeinderat auch mitgeteilt weshalb.

In dem Brief heißt es unter anderem.

Zitat:

„Die Hoffnung, dass eine neue Regierung die Zeichen der Zeit erkennt, hat getrübt, und die Tatsache, dass mit „Sondervermögen“ die dramatischen Strukturprobleme wieder verdeckt werden, ohne sie anzugehen, erfüllt uns mit Pessimismus“.

Weiter heißt es, dass ein *„dramatischer Verfall des Bildungsniveaus an Schulen und Hochschulen“* vorherrsche und *„die Standortqualität in Deutschland weiter rapide schwindet“*.

Welch ein vernichtendes und absolut wahres Urteil über die Politik Ihrer Parteifreunde.

Das könnte aus der Feder eines jeden AfD-Abgeordneten stammen.

Politikversagen auf ganzer Linie, liebe Kollegen!

Da frage ich mich, was geht in Ihnen vor, wenn Sie so etwas von einem Unternehmen hören, welches hier seit Jahrzehnten ansässig ist, Steuern bezahlt und über 1.200 Mitarbeiter beschäftigt?

Bei den Grünen weiß ich das jetzt schon.

Man muss den Unternehmern den Weg der Transformation nur besser erklären, Vorurteile wie Ängste abbauen, sie stärker mit Fördergeldern aus Steuermitteln unterstützen und Ihnen so den Weg in eine klimaneutrale Zukunft aufzeigen.

Zur Erheiterung daher ein kleiner „FunFact“.

Liebe Grünen, weshalb wurden die sog. „Klimaziele“ für das 2024 von Deutschland erreicht?

Nur aus dem Grund, weil die Wirtschaft erneut geschrumpft ist.

Der beste Beleg dafür, wohin uns Ihre Politik führt.

Zurück zum Agrarstaat!

Wo wir gerade bei Träumereien sind.

Die Stadtverwaltung freut sich darüber, dass Geld aus dem sog. „Sondervermögen“ in die Stadtkasse gespült wird.

„Sondervermögen“ nennt man die Summen also, die aus dem Nichts kommen und wirkungslos wieder verschwinden.

Zurück bleibt ein Berg an Schulden!

Effektiv verändern werden Sie nichts, wie bereits Kessler & Co. richtig festgestellt hat.

Sie bekämpfen lediglich für eine kurze Zeit etwas die Symptome, aber die Ursache, Ihre verheerende Politik auf allen politischen Ebenen, bekämpfen sie nicht.

Deutschland ist die einzige Industrienation der G7, welche sich seit Jahren in einer Rezession befindet.

Es ist also nicht der Ukraine-Krieg, die Weltwirtschaftslage oder Trump Schuld.

Es ist fehlgeleitete linksgrüne Politik zum Schaden unseres Volkes.

Die daraus resultierenden Folgen liegen klar auf der Hand und sind für jeden ersichtlich.

Die Heilige Dreifaltigkeit des Versagens:

Kinderarmut, Altersarmut, Arbeitslosigkeit!

Da Sie offenkundig an Märchen glauben, wie dem, dass man eine Industrienation verlässlich und günstig mit sog. Erneuerbaren versorgen kann,

stimmt womöglich auch das Märchen der Zahnfee, die dann hoffentlich bald kommt und wenn wir nur genug Zähne haben, uns womöglich ein paar Millionen unters Kopfkissen legt.

Wie überall, so benennen wir auch hier die Faktenlage knallhart.

Das gefällt Ihnen natürlich nicht. Kann ich verstehen!

Wer will schon aufgezeigt bekommen, dass all seine Träumereien wie eine Seifenblase an der Mauer der Realität zerschellen und das kollektive Versagen deutlich zu Tage tritt?

Deswegen sitzen hier unter Ihnen mit Sicherheit auch Personen, welche uns am liebsten verbieten würden.

Eine Partei, welche laut aktuellen Umfragen um die stärkste Kraft im Bund konkurriert und ca. 15 Millionen Wähler hat.

Da schreien dann Personen nach einem Parteiverbot denen unsere, womöglich auch meine, Rhetorik zu hart und unsere vorgeschlagenen Maßnahmen zu wenig feministisch oder klimaneutral gedacht sind.

Vielleicht wollen die Vertreter dieser Parteien deshalb so schnell als möglich „*neue Wähler einbürgern*“, welche sie mit dem Geld anlocken, das die Wähler, die sie nicht mehr wählen, erwirtschaften?

Es gibt einen Film aus dem Jahr 2016 der heißt „Split“.

Der dortige Protagonist trägt 23 verschiedene Persönlichkeiten in sich.

So ungefähr stell ich mir das bei Ihnen auch vor.

Auf der einen Seite die Problematik erkennen und hinter vorgehaltener Hand selbst von „Deindustrialisierung“ sprechen, auf der anderen Seite aber die absolute Realitätsverweigerung und Leugnen,

dass die Politik des eigenen Personals die Schuld an der desaströsen Lage unseres Landes trägt.

Zurück zur Stadtpolitik, die eben untrennbar mit der „großen Politik“ verwoben ist.

Die Stadt muss in den kommenden Jahren notgedrungen den Gürtel enger schnallen.

Auch aus diesem Grund beinhalten unsere Anträge größtenteils weitere Einsparpotentiale.

Gerne würden wir dem Radsportverein eine neue Halle gönnen, eine Eishalle realisieren, unsere Infrastruktur besser pflegen und keine weiteren Kredite zur Bewältigung des Tagesgeschäfts aufnehmen.

Leider sieht die Realität anders aus.

Auch für uns war die Stadtwerke Aalen in ihrer schwierigen Phase zu unterstützen eine Selbstverständlichkeit.

Trotzdem ist die ganze Sache für uns, genau wie für den Bürger, noch nicht ad acta gelegt.

Wir tragen die Sanierung mit, das aber mit einer Faust in der Tasche.

Dabei lassen wir die Hände von den Bädern weg!

Sparen Sie erst die Millionen an sinnlosen „Klimaausgaben“ ein, bevor Sie die Öffnungszeiten der Bäder kürzen!

Die Vereine gilt es weiter zu fördern, unsere Schüler haben gute Schulen und eine optimale Ausstattung verdient.

Einen Rückbau der Stuttgarter Straße indes hätte es genau so wenig gebraucht, wie es neue Radwege braucht.

Sog. „Klimaziele“ müssen ebenfalls nicht erreicht werden.

Es braucht auch keine Agri-PV Anlagen auf Aalener Gemarkung oder weitere Freiflächen PV-Anlagen.

Es braucht keinen Mountainbike Park oder Windkraftanlagen auf dem Langert.

Kurzum. Es braucht keine grüingeprägte Politik in Aalen!

Unser Gestaltungsspielraum wird über die kommenden Jahre sehr limitiert sein.

Am Ende wird der Bürger womöglich noch so manche Einschränkung erleben, die er aktuell noch gar nicht auf dem Schirm hat.

Wir jedenfalls werden weiterhin klare Kante gegen steuerverschwenderische und linksgrüne Politik jedweder Form zeigen und dies auch mit deutlichen Worten aussprechen.

Je mehr Gegenwind wir in diesem Gremium erfahren, desto mehr sind wir uns sicher, dass wir im Sinne der Bürger handeln.

Eines kann ich zum Schluss bereits versprechen.

Sollten Sie erneut all unsere Anträge per se ablehnen, dann lehnen wir selbstverständlich auch den von Ihnen eingebrachten Haushalt ab.

Denn uns hat man am Ende dadurch keinen Raum zu echter Beteiligung gegeben.

Wieso einem Werk zustimmen, welches ohne unsere wirkliche Teilhabe wie Berücksichtigung erstellt wurde?

Das mag Sie auch diesmal nicht weiter stören.

Doch die nächsten Wahlen kommen.

Und da ich mir sicher bin, dass Sie Ihre Politik fortführen wie bisher,

denn Sie halten diese für der Weisheit letzter Schluss, bin ich gespannt auf unser Wahlergebnis in 4 Jahren und auf Ihren Doppelhaushalt 28/29.

Bis dahin! „Horrido Joho“ und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Reduzierung bzw. Streichung des Planansatzes für Integration/Zuwanderung in den Jahren 2026 und 2027 (Produktgruppe 1222-05)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die im Doppelhaushaltsentwurf 2026/2027 vorgesehenen Finanzmittel in Höhe von 91.300 € im Jahr 2026 und 85.300 im Jahr 2027 sind ersatzlos zu streichen, sofern es sich um Freiwilligkeitsleistungen handelt.
Falls es gesetzliche Vorgaben gibt, sind diese Finanzmittel auf das gesetzlich vorgeschriebene absolute Minimum zu reduzieren.

27.Novemmber 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Ob eine Integration in unsere Gesellschaft gelingt, hängt vom jeweiligen Individuum ab. Integration findet am Arbeitsplatz und in den Vereinen statt. Sie beginnt damit, dass ich mich eigenständig darum bemühe die Sprache zu erlernen und meine erlangten Kenntnisse im alltäglichen Leben vertiefe wie festige.

Wer zur Integration durch öffentliche Programme, finanziert durch Steuergelder, ermutigt bzw. angehalten werden muss, bei dem liegen unserer Meinung nach bereits die notwendigen Grundvoraussetzungen, um ein produktives und friedfertiges Mitglied unserer Gesellschaft zu werden, nicht vor.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Schließung des Theaters der Stadt Aalen (Produktgruppe 2610)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Das Theater der Stadt Aalen soll spätestens zur Spielzeit 2026/2027 geschlossen bzw. ersatzlos gestrichen werden.
2. Die bis zur endgültigen Schließung des Theaters der Stadt Aalen am 30.06.2026 anfallenden Zuschüsse und Kosten sind zu evaluieren und auf das absolute Mindestmaß, im Rahmen der Schließung notwendigen Kosten, zu reduzieren.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Das Theater der Stadt Aalen war lange Zeit das kleinste von einer Kommune betriebene ständige Theater. Dieser Umstand war vertretbar, solange die Stadt Aalen nicht jährlich zweistellige Millionenbeträge an Krediten aufnehmen musste, um überhaupt weiterhin Liquidität zu generieren.

Für uns stellt das Theater der Stadt Aalen ein absolutes Luxusgut dar, welches sich die Stadt Aalen nicht weiter leisten kann und auch nicht weiter leisten darf.

Dies besonders vor dem Hintergrund, dass jede Eintrittskarte von Steuermitteln und damit der Allgemeinheit, mit 77,84€ bezuschusst wird.

Das heißt, dass auch Geringverdiener und ärmere Bevölkerungsschichten, welche sich einen Theaterbesuch nicht leisten können, die Theaterbesuche einer kleinen elitären Minderheit mitfinanzieren müssen. Wir erachten diesen Umstand als längst nicht mehr tragbar!



Andere Städte, mit vergleichbarer Größe und Struktur der Stadt Aalen, stellen für uns auch keinen kulturlosen Raum dar, nur weil sie über kein eigenes ständiges Theater verfügen.

Einen stetig steigenden jährlichen Zuschuss von aktuell 1,98 Millionen Euro erachten wir als ein gewaltiges Einsparpotential für die kommenden Jahre.

Kulturveranstaltungen finden auch ohne das Theater weiterhin in Aalen statt und es spricht nichts dagegen, sich, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die ein oder andere kulturelle Veranstaltung in die Stadt zu holen, um den Wegfall des Theaters der Stadt Aalen zu kompensieren.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Reduzierung der Zuschüsse für das „Internationale Fest“ 2026 und 2027 (Produktgruppe 2810)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die veranschlagten Zuschüsse zur Umsetzung des „Internationalen Festes“ in den Jahren 2026 und 2027 sollen von aktuell 85.000 € pro Jahr auf dann 50.000 € pro Jahr festgesetzt werden.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Hierbei handelt es sich um eine Freiwilligkeitsleistung. Im Zuge der Konsolidierung des Haushaltes müssen alle Freiwilligkeitsleistungen auf den Prüfstand, wie dies von der Stadtverwaltung selbst an anderer Stelle ebenfalls getan wird.

Wir sind uns sicher, dass das „Internationale Fest“ auch in den Jahren 2026 und 2027 stattfinden kann, wenn die Stadtverwaltung die Zuschüsse um jeweils 35.000 € pro Jahr kürzt.

Es liegt dann mehr in der Eigenverantwortung der teilnehmenden Vereine, beispielsweise durch das stärkere Bemühen um Sponsoren, dafür zu sorgen, dass das „Internationale Fest“ im gewohnten Umfang stattfinden kann.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Kürzung der Zuschüsse für die Volkshochschule Aalen (Produktgruppe 2810)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die veranschlagten Zuschüsse für die Volkshochschule Aalen (VHS) in den Jahren 2026 und 2027 sollen von aktuell 484.500 € pro Jahr auf dann 300.000 € pro Jahr festgesetzt werden.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Wie bei all unseren Anträgen, so gilt auch hier dieselbe Prämisse der Konsolidierung des Haushalts. Uns ist bewusst, dass finanzielle Einschnitte immer schmerzen. Jedoch haben Oberbürgermeister Brütting als auch Stadtkämmerin Fausner in ihren Haushaltsreden deutlich gemacht, dass „strukturelle Veränderungen“ als auch „dauerhafte Einsparungen“ getätigt werden müssen.

Wir sehen uns daher in der Pflicht, dem nachzukommen und sind uns sicher, dass die VHS auch mit diesem Budget die kommenden beiden Jahre auskommen wird.

Sollte sich die Haushaltslage danach gebessert haben, kann über eine Anhebung der Zuschüsse nachgedacht werden.

Außerdem erachten wir wenig Mehrwert darin, wenn Kurse wie „Orient trifft Vegan“ oder Kochkurse auf Russisch o.ä. angeboten werden. Wer integriert ist, der spricht die Landessprache.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Reduzierung des Budgets zur Ausstattung des Stadtjugendrings (Produktgruppe 3620)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Das für die Jahre 2026 und 2027 festgesetzte Budget des Stadtjugendrings ist zu reduzieren und auf jeweils 5.000 € pro Jahr festzusetzen.

Sollte über unser Ansinnen erst nach einer gewissen Karenzzeit erneut abgestimmt werden dürfen, da im KBFA im 17.November zuletzt darüber befunden wurde, dann beantragen wir, dass unser Antrag nach Beendigung besagter Karenzzeit erneut zur Abstimmung in den Gemeinderat eingebracht wird.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Der Stadtjugendring und dessen Mitarbeiter wie Helfer sind nicht politisch neutral.

Dass dies der Fall ist, das erkennt man leicht an den abgehaltenen Veranstaltungen wie Programmpunkten und Veröffentlichungen. Hier ist eine klare linksgrüne Ideologie zu erkennen, welche auch aktiv nach außen hin vertreten wird.

Jugendarbeit ist zwar richtig und wichtig, politische Indoktrination allerdings nicht. Aus diesem Grund und der prekären Haushaltslage, erachten wir eine Reduzierung der finanziellen Mittel als dringend geboten.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Haushalt der Stadt Aalen Nr. 05 / 15

Sobald die Verantwortlichen des Stadtjugendrings eine politische Neutralität erkennen lassen und sich die finanzielle Lage der Stadt nachhaltig verbessern, kann über eine Erhöhung des finanziellen Rahmens durchaus wieder diskutiert werden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Den Haushaltsansatz für neue mobile Messanlagen (Blitzer) streichen (Produktgruppe 1221)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Haushaltsansatz von 215.000 € für mobile Messanlagen im Jahr 2026 ist ersatzlos zu streichen.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Die Stadt nimmt jährlich über 2 Mio. Euro an Bußgeldern ein. Das ist in Zeiten knapper Kassen eine verlockende Summe. Wir sehen indes den „erzieherischen Rahmen“ als weit überspannt an. Defizitäre Stadtkassen sollten sich nicht ausschließlich, über das Einführen bzw. dem Erhöhen von Steuern und dem Einkassieren von Bußgeldern konsolidieren.

Effektives Sparen sollte unserer Ansicht nach oberstes Gebot sein. Wir nehmen uns das zu Herzen und beginnen damit, die angesetzten 215.000 € für neue mobile Messanlagen einzusparen.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Klimaschutzmanagement abschaffen (Produktgruppe 5610)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026 zur Verfügung gestellten Finanzmittel in Höhe von 207.000 €, als auch die für das 2027 bereitgestellten 205.500 € für sog. Klimaschutzmaßnahmen restlos zu streichen.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Eine Stadt, welche bis zum Ende des Jahrzehnts mit bis zu 200 Millionen Euro an Gesamtschulden kalkuliert, sollte sich hüten auch nur den marginalsten Betrag für ein sog. Klimaschutzmanagement auszugeben. Wie wir immer betonen und wie es absolut jede Statistik oder Tabelle aufzeigt, wird weder Aalen noch ganz Deutschland die Welt in irgendeiner Form retten, oder einen signifikanten Unterschied im Bereich einer CO₂-Reduzierung ausmachen. Davon abgesehen, dass wir dies auch nicht als erstrebenswert erachten, macht absolut jeder dafür eingesetzte Euro allein den Unterschied, dass ihn die Stadt Aalen für wichtigere Projekte nicht mehr verwenden kann.

Aus all den genannten Gründen, auch denen, welche wir unter dem Jahr in unseren Beiträgen zum sog. Klimaschutz vortragen, gilt es die o.g. Summen einzusparen.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Finanzmittel für den Bereich Chancengleichheit und Integrationsförderung zusammenstreichen (Produktgruppe 1114-08 & 1114-0101)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die bereitgestellten finanziellen Mittel für die Bereiche Chancengleichheit und Integrationsförderung für Einwohner ausländischer Herkunft sind entweder ganz oder auf das absolute gesetzlich vorgeschriebene Minimum zu streichen bzw. zu reduzieren.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Wir sind der Auffassung, dass das komplette Amt für Chancengleichheit in großem Umfang obsolet ist. In Deutschland ist die Gleichheit zwischen Mann und Frau seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz fest verankert. Dies wird sich auch nicht ändern, außer in Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten das Gesetz der Scharia eingeführt.

Wir sehen daher lediglich einen geringen Mehrwert in den o.g. Ausgaben und eher Versorgungsposten für Personen, welche linksgrünen Ideologien anhängen.

Eine Stadtverwaltung hat andere Aufgaben zu bewältigen, als die genannten Personengruppen finanziell zu alimentieren. Eine Frau wird sich in unserer Gesellschaft immer durchsetzen, genau wie ein Mann, wenn sie die geforderten Leitungen erbringt.



Sollten mit den o.g. Finanzmitteln gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben für Menschen mit Behinderungen oder andere Vorgaben abgedeckt werden, so sind diese selbstverständlich zu erfüllen.

Die Summen sind dann so weit zu reduzieren, dass sie die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen erfüllen können.

Was den Bereich Integrationsförderung betrifft, so haben wir hierzu in einem weiteren Antrag, bei welchem es sich auch um den Bereich Integration handelt, bereits unsere Sichtweise dargelegt.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Streichung von Beiräten und Ausschüssen (Klimabeirat, Arbeitskreis Radverkehr)

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Arbeitskreis Radverkehr, als auch der öffentlich wie nichtöffentlich tagende Klimabeirat bzw. der erweiterte Klimabeirat sind ersatzlos zu streichen.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Es gilt hier im Besonderen der altbekannte Spruch: *„und wenn ich mal nicht weiterweiß, dann gründ' ich einen Arbeitskreis“*. Die Themen Klima und Radverkehr werden in den regelmäßigen und ordentlichen Sitzungen der Ausschüsse wie des Gemeinderats auf die Tagesordnung gesetzt und diskutiert. Es besteht unserer Ansicht nach keine Notwendigkeit bei diesen Thematiken extra Beiräte und Ausschüsse zu installieren. Das bindet finanzielle Ressourcen wie Personal. Brauchen wir in naher Zukunft dann womöglich auch noch einen „Arbeitskreis Wohnungsbau“, oder einen „Kultur Beirat“?

Wir wünschen uns eine schlanke und effiziente Verwaltung, wie einen schlanken Gemeinderat. Wir sehen nicht, dass die ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder des Gemeinderats dafür verschwendet wird, in Arbeitskreisen und Beiräten über die Umsetzung linksgrüner Politik zu philosophieren, was am Ende nur zur Folge hat, dass noch mehr Steuergelder ausgegeben und fragwürdige Projekte angestoßen werden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Städtische Förderung von Balkon PV-Anlagen einstellen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die jährlich im Haushaltsplan festgeschriebene Summe für die Förderung zur Errichtung von Balkon PV-Anlagen sind ersatzlos zu streichen und das Programm umgehend einzustellen.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Balkon PV-Anlagen befinden sich in einem erschwinglichen Preissegment. Sie beginnen bei um die 400 bis 500 Euro.

Jeder Haus- oder Wohnungsbesitzer, bzw. Mieter, welcher sich eine derartige Anlage anschaffen möchte, kann das daher mit großer Wahrscheinlichkeit auch ohne die ihm aktuell durch die Stadt Aalen in Aussicht gestellte maximale Fördersumme in Höhe von 75 Euro tun. Ferner sehen wir eine sehr geringe Sinnhaftigkeit, sich derartige Anlagen überhaupt anzuschaffen, da es Bereiche im Stadtgebiet gibt, in welchem der Netzausbau nur sehr schleppend vorangeht. Zudem erscheint es uns sehr unwahrscheinlich, dass sich an diesem Zustand in den kommenden Jahren wenig verändern wird.

Hierzu reicht ein Blick auf die aktuelle finanzielle Lage der Stadtwerke Aalen, welche die grob geschätzten ca. 400 Mio. Euro, die für einen umfassenden Netzausbau im gesamten Stadtgebiet benötigt würden, wohl kaum stemmen können.

Hinzu kommt, dass sich die Anschaffung einer solchen Balkon PV-Anlage für den einzelnen Nutzer nach kurzer Zeit, sofern er, denn in das Netz einspeisen kann, auch ohne die maximal 75 Euro an Fördergelder schnell rentiert, es am Ende des Tages aber den Gesamtstrompreis des Landes stark verteuert.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Freiwillige Leistungen der Stadt Aalen in den Bereichen Asyl, Migration und Integration ersatzlos streichen

Der Aalener Gemeinderat möge berichten:

1. Welche freiwilligen Leistungen und Maßnahmen in den Bereichen bzw. im direkten Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration seitens der Stadt Aalen erbracht oder finanziell unterstützt werden. Die jeweiligen Leistungen und Maßnahmen sind möglichst detailliert und zusammen mit den jeweiligen Kosten aufzuführen. Als freiwillige Leistungen sind alle Leistungen anzusehen, für welche es keine gesetzliche Verpflichtung gibt, z.B. Bereitstellung von kostenlosem WLAN in den Asylunterkünften der Stadt oder die Beschäftigung von Reinigungskräften in den Asylunterkünften der Stadt.

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

2. Alle freiwilligen Leistungen der Stadt Aalen in den Bereichen bzw. im direkten Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt ersatzlos gestrichen.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Die millionenfache Migration der vergangenen Jahre hat unserem Land irreparable Schäden zugefügt und kostet darüber hinaus den Steuerzahler jedes Jahr eine Milliardensumme.



Jedwede freiwillige Leistung der Stadt Aalen in den Bereichen bzw. im Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration sind nicht vermittelbar und daher unverzüglich ersatzlos zu streichen. Zudem dürfen seitens der Stadt Aalen durch freiwillige Zusatzleistungen auch keine "Pull"-Faktoren begünstigt werden, welche die dringend notwendige Umkehr der Massenzuwanderung erschweren.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Streichung aller Stellen im Bereich Klimaschutz. Insbesondere die Stellen des „Beauftragten für eine klimaneutrale Kommunalverwaltung“ und des „Klimaanpassungsmanagers“

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Sämtliche Stellen, welche für den Bereich Klimaschutz im Stellenplan vorgesehen sind, sind unverzüglich ersatzlos zu streichen. Insbesondere betrifft dies die Stelle des „Beauftragten für eine klimaneutrale Kommunalverwaltung“ wie des „Klimaanpassungsmanagers“.

27.November 2025

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Ein nennenswerter Einfluss von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der „UN-Weltklimarat“ IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: „In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, dass es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich.“ Diese Aussage bleibt nach Einschätzung vieler Experten weiterhin gültig. Die Stadt Aalen wird nicht das Klima retten. Klimaschutz ist ein politischer Kampfbegriff, das Klima lässt sich nicht schützen oder retten. Dementsprechend darf hart erarbeitetes Steuergeld nicht sinnfrei verschwendet werden.

Es ist auch unerheblich, ob es sich – wie hier – teilweise um geförderte Stellen handelt. Es wird dennoch Arbeitskraft wie Steuergeld sinnlos vergeudet.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Haushalt der Stadt Aalen Nr. 13/ 15

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Anpassung des Stellenplans und Personalkostenreduzierung

Die Stadtverwaltung möge berichten/ vorlegen:

1. Übersicht aller geförderter Stellen. Die Auflistung soll insbesondere den Fördergeber, die Förderquote und Laufzeit der Förderung ausweisen.
2. Übersicht aller Beauftragtenstellen. Die Auflistung soll insbesondere den Pflichtcharakter und die entsprechende Rechtsgrundlage ausweisen.
3. Übersicht aller Stellen im Freiwilligkeitsbereich. Die Auflistung soll insbesondere den Tätigkeitsumfang und die anfallenden Personalkosten ausweisen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, im Zeitraum 2026/ 2027 die Personalkosten um mind. 2 Millionen Euro zu reduzieren.

27. November 2025

Hegel, Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Der Staatsapparat ist bundesweit aus den Fugen geraten. Diese Fehlentwicklung zeigt sich auch in der Stadt Aalen deutlich: Die Personalkosten haben sich binnen eines Jahrzehnts beinahe verdoppelt. Allein im Zeitraum von 2022 bis 2025 ist ein Anstieg um 41,6 Prozent zu verzeichnen. Aufgrund von Tarifsteigerungen ist im Doppelhaushalt 2026/ 2027 ein weiterer Anstieg geplant.

Besonders der sog. "Freiwilligkeitsbereich" wird missbraucht, um linksextreme Ideologie in Verwaltungshandeln zu überführen. Eine Umkehr ist hier dringend erforderlich, um langfristig eine handlungsfähige, nahbare und effiziente Verwaltung sicherzustellen.

Diese Anfrage bzw. die Stadtverwaltung soll insbesondere geförderte Stellen, Stellen von Beauftragten innerhalb der Stadtverwaltung und Stellen im Freiwilligkeitsbereich näher beleuchten. Hierbei sollen Stellen identifiziert werden, welche künftig eingespart werden können, um Einsparungen von mind. 2 Millionen Euro zu erzielen. Wenn möglich soll das Ziel über die natürliche Fluktuation und ohne die Notwendigkeit von betriebsbedingten Kündigungen erreicht werden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Haushalt der Stadt Aalen Nr. 14 / 15

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Eigentümer stärken: Keine Einführung der Grundsteuer C

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt von der Einführung einer Grundsteuer C in der Stadt Aalen abzusehen und hierzu keine (weiteren) Umsetzungsschritte vorzunehmen.

27.November 2025

Hegel, Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

In den Jahren 1961 und 1962 wurde die Grundsteuer C bereits erhoben. Diese ist landläufig unter der Bezeichnung „Baulandsteuer“ bekannt. Die historische Grundsteuer C setzte damals sowohl bei der Grundsteuermesszahl als auch am Hebesatz an. Ziel war es damals wie heute, mehr unbebaute Grundstücke zu bebauen. Das Grundstücksangebot hätte durch die Steuer erhöht werden sollen, die Grundstückspreise hätten sinken sollen. Beide Ziele wurden nicht erreicht und die Steuer nach zwei Jahren wieder abgeschafft.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags beschreibt die tatsächliche Wirkung der historischen Grundsteuer C wie folgt: „Verkaufen mussten damals vor allen die finanzschwachen Bürger. Sie konnten die hohe Steuerlast nicht tragen und hatten auch nicht die Mittel, um die Grundstücke zu bebauen. Im Gegenteil, die Grundstücke waren

als Wertanlage gedacht. Profitiert haben davon die finanzstarken Bürger und Unternehmen. Bei Ihnen fiel die progressiv ausgestaltete Steuer nicht so sehr ins Gewicht. Im Gegenteil, der Markt der Grundstückspekulanten boomte.“

Ein Grundstück ist ein besonderes Gut. Dem Kauf geht zum Teil eine jahrelange und aufwendige Suche voraus. Die Mehrzahl der Grundstücke wird durch Eigentümer erstanden, mit der Absicht, selbst ein Eigenheim errichten zu können. Gerade diese Menschen, die wirtschaftlich sorgsam handeln, indem sie beispielsweise auf ein Haus sparen oder die Entwicklung ihres Einkommens abwarten, trifft die Grundsteuer C. Schlimmstenfalls zwingt sie die Eigentümer vom Bauvorhaben abzulassen und wird damit zu einem tiefen Eingriff in die individuelle Lebensplanung.

Für die AfD ist indes klar, dass die Politik vorrangig die politischen Weichenstellungen zu revidieren hat, die Wohnraummangel und hohe Baukosten maßgeblich (mit-) verursacht haben. Dazu gehört zuvorderst die Umsetzung unseres Remigrationskonzepts und die Senkung von Wohn- und Baukosten, beispielsweise durch Aufhebung der Grundsteuer oder der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer, sowie die Abschaffung ideologiegetriebener Kosten wie EEG-Umlage, CO₂-Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG). Erweist sich darüber hinaus politische Intervention zur Mobilisierung baureifer Grundstücke als notwendig, ist dies über positive Anreize umzusetzen.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Haushalt der Stadt Aalen Nr. 15 / 15

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Steuerwahnsinn beenden:

Keine (erneute) Erhöhung der Grundsteuern A und B!

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird verpflichtet von der Erhöhung der Grundsteuer A (300 v.H. auf 340 v.H.) und der Erhöhung der Grundsteuer B (239 v.H. auf 280 v.H.) abzusehen.

27.November 2025

Hegel, Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Das langfristige Ziel der AfD ist die vollständige Abschaffung der Grundsteuer. Es handelt sich dabei um eine Substanzsteuer, die sich an der ohnehin schon schwachen Vermögenssubstanz der Bürger bedient. Sie ist von privaten, gewerblichen und landwirtschaftlichen Nutzern aus bereits versteuertem Vermögen und Einkommen zu entrichten und erhöht die bereits überdurchschnittliche Steuer- und Abgabenlast der Bürger in unserer Gemeinde. Damit werden einkommensschwache Haushalte überproportional belastet.

Die Grundsteuer erhöht im gewerblichen Bereich die Herstellungs- und Gestehungskosten für Waren und Dienstleistungen. Eine hohe Grundsteuer schwächt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und verringert die Attraktivität für gewerbliche Neuansiedlungen.

Die Grundsteuer erhöht die Kosten des Wohnens für Eigentümer wie Mieter. Eine hohe Grundsteuer fördert die Explosion der Mietkosten sowie der allgemeinen Inflation und ist somit sozial unverträglich. Mit jeder Grundsteuererhöhung wird die Wohnungsnot noch weiter verschärft und auch hierdurch die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen noch einmal zusätzlich geschwächt sowie die bereits hohe Inflationsrate angefeuert.

Deshalb hat die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag mehrfach beantragt, die Grundsteuer abzuschaffen und einen Rechtsrahmen zu gestalten, der den Kommunen den Einnahmeausfall ersetzt, siehe Bundestags-Drucksachen 20/10728, 20/11624, 20/3204. Auch der AfD Kreisverband Ostalb hat in seinem Kommunalwahlprogramm 2024 die Abschaffung der Grundsteuer gefordert.

Die AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat nimmt die hier dargelegten Verwaltungsvorschläge mit großem Befremden zur Kenntnis. Diese hatten sich bereits im Rahmen der letztjährigen Haushaltsdebatte abgezeichnet, etwa als Oberbürgermeister Brütting eine Erhöhung der Grundsteuer B zur Anschaffung von LED-Straßenlaternen forderte.

Dabei wäre es höchste Zeit, sich von sinnlosen Klimazielen, ideologischen Ausgaben und Luxusprojekten, etwa dem Theater der Stadt Aalen, zu verabschieden. Stattdessen aber werden weiterhin Rekordsummen für derlei Unarten aufgeboten und zur Finanzierung werden die Bürger kräftig zur Kasse gebeten. Hiergegen verwehrt sich die AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat mit aller Kraft!